

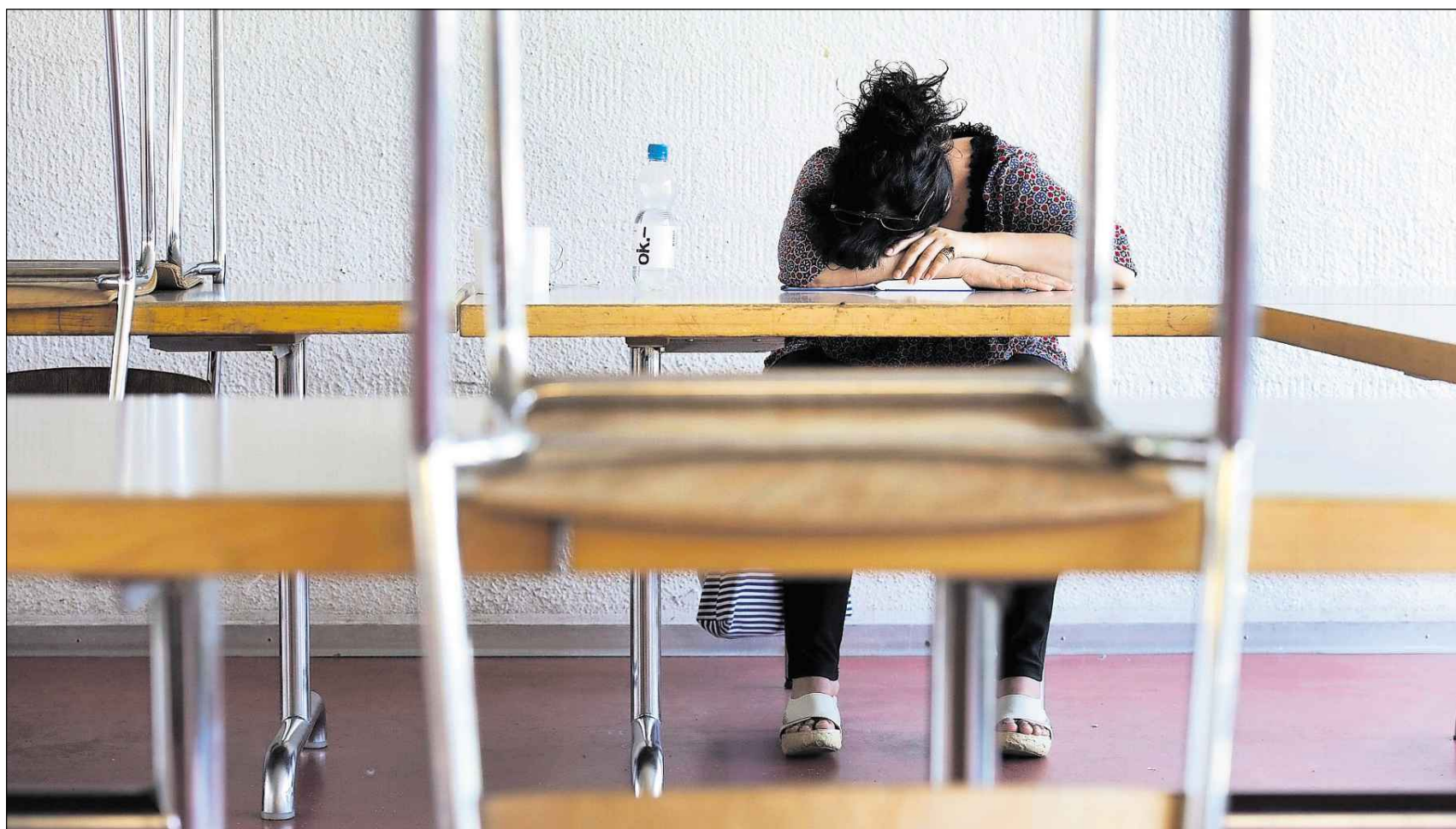
Yvette Estermanns Nostalgie-Reise

Politik ist Steckenpferd, eine Zugreise in einem nostalgischen Pullmanwagen der grosse Traum der Luzerner SVP-Nationalrätin **Yvette Estermann**. Vergangenes Wochenende erfüllte sich ihr Traum. Im Rahmen der «Belle-Epoque-Woche» in Kandersteg konnte Estermann in einem Pullmanwagen des Swiss Classic Trains von Olten ins Berner Oberland reisen. In Kandersteg gab es dann ein freudiges Wiedersehen mit alt Bundesrat **Adolf Ogi** und der Berner Regierungsrätin **Barbara Egger-Jenzer**.

POLITAPÉRO

Die Mitglieder der staatspolitischen Kommission des Nationalrats sind unverhofft zu einem zusätzlichen Kaffee gekommen. Mitten in der Sitzung stürmten ein paar Bundesweibel ins Kommissionszimmer, befanden, es stinke nach Rauch, und befahlen den Nationalrätinnen und Nationalräten eine zehnmütige Zwangspause. Ein Brandherd konnte allerdings nicht gefunden werden. Trotz Anwesenheit zweier Fachfrauen beziehungsweise ehemaliger Feuerwehr-Chefinnen: **Bundesrätin Simonetta Sommaruga** war Vorsteherin der entsprechenden Direktion in der Berner Vorortsgemeinde Köniz gewesen, ebenso wie EVP-Nationalrätin **Marianne Streiff**.

Migrationsamt schön't Bericht



Eine Frau ruht sich aus im Empfangs- und Verfahrenszentrum in Basel. Dem Bund wird vorgeworfen, dass er zu leichtfertig Asylsuchende nach Ungarn zurückschafft.

Keystone/Georgios Kefalas

Hildegard Fässler tritt zurück

BERN sda. Nach genau 16 Jahren im Nationalrat zieht sich die Ostschweizerin Hildegard Fässler (SP, St. Gallen) per 3. März 2013 aus der Politik zurück. Ihren Abschied von der nationalen Bühne gab die 61-jährige Fässler in einem Interview mit der Zeitung «Werdenberger und Obertoggenburger» vom Samstag bekannt. An der Frühlingssession, die am 5. März beginnt, wird Fässler somit nicht mehr teilnehmen.

Fässler präsidierte von Juni 2002 bis Juni 2006 die SP-Bundeshausfraktion. Im Jahr 2010 war sie im Gespräch als Nachfolgerin von Bundesrat Moritz Leuenberger: Sie wurde von ihrer Kantonalpartei nominiert, verpasste dann aber den Sprung aufs Zweierticket der SP-Bundeshausfraktion.

Vor ihrer Wahl in den Nationalrat war Fässler vier Jahre Kantonsrätin.

DUBLIN 49 Asylsuchende schickte die Schweiz letztes Jahr nach Ungarn zurück. Der Bund stützte sich dabei auf einen als einseitig kritisierten Bericht.

SERMIN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Um Asylsuchende im Rahmen des Dublin-Abkommens abschieben zu können, beschönigt das Bundesamt für Migration (BFM) die Zustände in Dublin-Partnerstaaten. Das zeigt ein interner Bericht des Migrationsamts über Ungarn, der der «Zentralschweiz am Sonntag» vorliegt.

Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz hat die «Zentralschweiz am Sonntag» den Bericht beim BFM eingefordert und erhalten. Das Amt kommt in dem Papier zum Schluss, «dass das ungarische Asylwesen durchaus den internationalen Verträgen und EU-Richtlinien entspricht», auch wenn «einzelne Kritikpunkte zutreffen dürften».

Mit «einzelnen Kritikpunkten» meint das BFM die massive Kritik von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie einen Bericht des UNO-Hochkommissariats für das Flüchtlingswesen (UNHCR) aus dem letzten Jahr. Darin ist von pauschalen Inhaftierungen von Dublin-Rückkehrern, medikamentöser Ruhigstellung der Asylsuchenden in den Gefängnissen und brutaler Gewalt durch die Wachen die Rede. Für das UNHCR verstösst Ungarn klar gegen internationales Recht. Wie Amnesty International und die Schweizerische Flüchtlingshilfe forderte es den Stopp von Dublin-Rückführungen in das vom rechtskonservativen Viktor Orban regierte Land.

Als Quellen für seine gegenteilige Einschätzung dienten dem BFM zwar Berichte von NGOs und dem UNHCR sowie weitere vertrauliche Dokumente, wie es schreibt. Der Kritik am ungarischen Asylwesen stellt der Bericht jedoch einfach die Entgegnung der kritisierten ungarischen Regierung gegenüber. Zudem hat das BFM «eigene Abklärungen vor Ort» getroffen, wie die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga im letzten Jahr im Parlament zu Protokoll gab. Wie der Bericht nun zeigt, fanden diese allerdings im Rah-

men einer von der ungarischen Regierung veranstalteten und eng begleiteten Konferenz statt.

«Mir fehlt der Glaube»

Bei Amnesty International Schweiz schüttelt man erstaunt den Kopf über das Vorgehen. «Das BFM hat einmal mehr einen Bericht erstellt, ohne die vor Ort tätigen NGOs zu besuchen», kritisiert Denise Graf. Dies sei bereits im Fall von Griechenland geschehen. «Das BFM hätte nicht nur deren Berichte hinzuziehen müssen, sondern auch deren Meinung zu den Antworten der ungarischen Regierung einholen müssen», fordert sie.

Auch Seraina Nufer, Juristin der Flüchtlingshilfe, kritisiert den Bericht als «unausgewogen»: «Er stützt sich schwerpunktmässig auf Behördenaussagen.» Zudem erfasse der Bericht nur die gesetzlichen Vorgaben in Ungarn. Ob diese umgesetzt würden, werde kaum thematisiert. Aufgrund der Schwere der Vorwürfe sei dies «nicht angebracht», so Nufer.

Auch bei Parlamentariern kommt der BFM-Bericht schlecht an. So fragt sich der grüne Zürcher Nationalrat Balthasar Glättli, ob dieser die gängigen Qualitäts-

massstäbe des BFM widerspiegle. «Das will ich nicht hoffen, denn das wäre problematisch», kritisiert er. Selbst der Basler Nationalrätin Silvia Schenker, Parteikollegin von SP-Bundesrätin Sommaruga, ist der Bericht zu «glatt». «Mir fehlt der Glaube, dass das wirklich alles so ist.»

Abschiebung nach Afghanistan?

Gestützt auf den «glatten» Bericht schickte die Schweiz im letzten Jahr 49 Asylsuchende nach Ungarn zurück. Der Grossteil von ihnen wird dort keinen effektiven Asylantrag stellen können. Stattdessen kommen sie in Abschiebehaft. In zwei Fällen ist das gesichert. Sie landeten laut Angaben des ungarischen Helsinki-Komitees, einer vor Ort tätigen NGO, im Gefängnis Nyirbator. Dessen Zustand und Führung bemängelte selbst der staatliche ungarische Ombudsmann als menschenrechtswidrig. Als besonders heikel schätzt das Helsinki-Komitee jene 13 «Schweizer» Rückführungen von Afghanen ein, die das BFM letztes Jahr vorgenommen hat. Ungarn betrachtet Afghanistan nämlich – anders als die Schweiz – als sicheres Herkunftsland und schickt die Asylsuchenden zurück.

ANZEIGE

Citroën Nutzfahrzeuge, langjährige Partner.

www.citroen.ch



PROFI-BONUS

bis zu **35%**

+

PROFI-PRÄMIE

bis zu **Fr. 3'000.-**

+

PROFI-LEASING

3,9%*



CITROËN

CRÉATIVE TECHNOLOGIE

CITROËN empfiehlt TOTAL



CITROËN JUMPER
ab Fr. 20'990.-



CITROËN JUMPY
ab Fr. 17'990.-



CITROËN BERLINGO
ab Fr. 13'490.-



CITROËN NEMO
ab Fr. 10'990.-

Die Angebote gelten für alle zwischen dem 1. Januar und dem 28. Februar 2013 verkauften und immatrikulierten Fahrzeuge. Die angebotenen Nutzfahrzeuge sind für die geschäftliche oder berufliche Nutzung bestimmt. Die Angebote gelten ausschliesslich für Firmenkunden gemäss Citroën-Reglement, nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Preise ohne MwSt. * Leasingbestimmungen: Leasingdauer bis 24 Monate. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Genehmigung durch Citroën Finance, Division PSA Finance Suisse SA, Ostermündigen. Der Abschluss eines Leasingvertrages ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt.